

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtspaltige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei aerihtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 122

Sonntag, den 7. August 1927

45. Jahrgang

Polen vermittelt zwischen England und Rußland?

Graf Sforza über den Korridor und Oberschlesien — Die Gefahrenpunkte des europäischen Friedens

Berlin. Nach einer Morgenblättermeldung aus Warschau, hält sich in dortigen politischen Kreisen das Gerücht, daß der aus Moskau eingetroffene polnische Gesandte Patel konkrete Vorschläge im Streit zwischen England und Sowjetrußland überbracht habe.

Graf Sforza über den Frieden

New York. Wie die Morgenblätter aus Williamstown melden, schilderte Graf Sforza auf der Tagung des „Institute of Politics“ in Williamstown seinen

Anteil als Außenminister Italiens an der Volksabstimmung in Oberschlesien. Den Danziger Korridor bezeichnete er als die Achillesferse des Friedens Europas. Hinsichtlich Oberschlesiens habe er seinerzeit versucht, eine billige Lösung zu finden. Er hege die Hoffnung, daß bei gegenseitigem Entgegenkommen Oberschlesien das wirtschaftliche Bindeglied zwischen Deutschland und Polen werden würde. Eine französisch-deutsche Annäherung könne die deutsch-polnischen Schwierigkeiten beheben. Auf jeden Fall aber werde ein Vertragsabluß am Rhein zwecklos sein, wenn an der Weichsel Kriegsmaat feime.

Minderheitsvölker der Türkei

Von Dr. A. A. Beghian.

Die Türkei hat nie eine den Forderungen der Wissenschaft entsprechende Statistik gehabt. Amtlich-administrativen, aber nicht zuverlässigen Angaben von 1914 zufolge betrug die Gesamtbevölkerung der Türkei in ihren heutigen Grenzen rund 16 Millionen. In Wirklichkeit aber war sie nicht höher als 12 bis 13 Millionen. Durch den Krieg und Epidemien wurde sie erheblich herabgesetzt. Man vergesse nicht, daß sie 1911 bis 1922 ununterbrochen in Kriegen verwickelt war und währenddessen große Verluste gehabt hat. Noch entscheidender war die Vernichtung oder Ausweisung von Millionen Nichtmohammedanern Türken, Armeniern und Kleinasiern. 1,5 Millionen Griechen mußten auf Grund des Lausanne Vertrages und noch früher aus der Türkei nach Griechenland umgesiedelt werden; die Zahl der aus der Türkei entflohenen oder ausgewiesenen Armenier betrug etwa 700 000, die der Ermordeten aber — während des Krieges und der Deportationen — eine Million. Auch war die Zahl der Tscherkessen nicht gering, die im türkisch-griechischen Krieg zu Griechenland gehalten hatten und später zur Flucht gezwungen waren, etwa 30 000. Endlich sind die Verluste der türkischen Bevölkerung selbst, infolge der langjährigen Kriege, sehr groß gewesen: etwa 1,5 Millionen. Demgegenüber hat nun die Türkei auf Grund deselben Lausanne Vertrages 350 000 türkische Einwanderer aus Griechenland aufgenommen. Außerdem hat sie infolge des Moskauer Vertrages von 1921, kraft dessen Rußland ihr die armenischen Provinzen in Transkaukasien: Kars, Ardahan und Surmalu abgetreten hat, 200 000 Einwohner mehr erhalten. All dies berücksichtigt, ist die Bevölkerung der Türkei gegen die Vorkriegszeit um 3,5 bis 4 Millionen geringer. Das natürliche Wachstum der türkischen Bevölkerung ist ein Problem für sich; türkische Presseorgane sowohl als auch amtliche Stellen haben sich mehrmals in dieser Frage pessimistisch geäußert.

Wie groß ist nun die Bevölkerungszahl der Türkei in der Gegenwart? Die Erhebungen der in Vorbereitung stehenden amtlichen Statistik werden erst später eine mehr oder weniger genaue Antwort geben können. Bezeichnend ist, daß einer neueren Probestatistik der Stadt Rodosto am Marmarameer zufolge jetzt die Bevölkerungszahl von 40 000 in der Vorkriegszeit auf die Hälfte gesunken ist. Für das ganze türkische Reich hat das türkische Blatt „Meri“ vor drei Jahren 12 Millionen angegeben, während das Blatt „Mehani“ wenig später nur auf 5-6 Millionen schätzte. Nach der Meinung des russischen Forschers Abolpit erreicht die gegenwärtige Bevölkerungszahl wahrscheinlich kaum 6 Millionen. Andere türkische Zeitungen halten 8-10 Millionen für richtiger. Das englische „Statesman Yearbook“ gibt ebenfalls diese Zahl an; es entspricht auch u. E. dem wirklichen Zustand am ehesten.

National ist die Bevölkerung heute zweifellos einheitlicher als zur Vorkriegszeit. Die türkischen Nationalisten haben allerdings, wenn auch durch in der Geschichte noch nie dagewesene barbarische Mittel, einen Teil ihres „nationalen Programms“ erfüllt. Wenn wir also die Gesamtbevölkerung der Türkei auf 9 Millionen angeben, so beträgt die Zahl der Türken, der herrschenden Klasse, etwa 6 Millionen, die aller Mohammedaner aber 8 Millionen. Der Rest besteht aus Anhängern anderer Religionsgemeinschaften und Mitglieder anderer Volksstämme.

Die Griechen und die Armenier stehen auch jetzt unter den Minderheitsvölkern an erster Stelle, wenn sie auch im Verhältnis zu ihrer früheren Zahl ganz erheblich reduziert sind. Sie sind hauptsächlich in Konstantinopel konzentriert. Die anderen christlichen Minderheiten sind: Serier, Chaldäer, Bulgaren, Russen u. a. Auch die Juden wohnen hauptsächlich in Konstantinopel. Mohammedanische Minderheiten sind vor allem die Kurden, dann die Tscherkessen, Lazen, Tataren und andere Volksstämme in Kleinasien.

Die Kurden, rund 1 1/2 Millionen, kommen als die hauptsächlichste nationale Minderheit der Türkei in Betracht. Sie sind in ihrem historischen Heimatlande Kurdistan ansässig und machen dort die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung aus. Der Lausanne Vertrag hat die Kurden — wie überhaupt alle nichttürkischen Mohammedaner — aus den Reihen der Minderheitsvölker ausgeschlossen. Selbstverständlich hört dadurch die türkische Frage nicht auf, ein Problem türkischer und internationaler Politik zu sein. Da Kurdistan unmittelbar an das — ebenfalls überwiegend von Kurden bewohnte — Mosulgebiet grenzt, also in den Bereich der britischen Orientpolitik fällt, erhöht sich seine Bedeutung um so mehr. Die türkische Regierung würde umso schwerer die britischen Pläne durchkreuzen können, wenn sie die Einsicht hätte, selber den gerechten Forderungen der Kurden entgegenzukommen und ihnen eine national-kulturelle Autonomie zu gewähren.

Neue Seeabrüstungskonferenz in Washington?

Borah über das Genfer Fiasko

New York. Aus Washington wird berichtet, daß Präsident Coolidge eine neue Seeabrüstungskonferenz im Jahre 1929 nach Washington einberufen will.

Der Eindruck des Genfer Fiaskos in London

London. Weder in britischen noch in amerikanischen diplomatischen Kreisen Londons wird der Zusammenbruch der Genfer Konferenz als das letzte Wort in der Flottenabrüstungsfrage betrachtet. Hohe Persönlichkeiten in London sprechen heute bereits von der Einberufung einer neuen Konferenz. Vor Ablauf des Washingtoner Vertrages im Jahre 1931.

Lord Balfour wird morgen in Whittinghame sprechen und wie man erwartet, eine wichtige Erklärung in der Flottenabrüstungsfrage abgeben.

Die britische Delegation, die heute Genf verließ, wird morgen Abend in London zurück erwartet. Der erste Lord der Admiralität, Bridgeman, wird voraussichtlich am Montag mit Cham-

berlain über die Lage konferieren. Seitens der britischen Regierung erwartet man keinen unmittelbaren Schritt in der Abrüstungsfrage. Man nimmt indessen an, daß nach einer vernünftigen Pause die Ergebnisse von Genf als Material für Besprechungen über für die Vorarbeiten für eine Konferenz vor dem Jahre 1931 benutzt werden.

Senator Borah über den Abbruch

London. Nach amerikanischen Meldungen erklärte Senator Borah unter dem Eindruck der gescheiterten Seeabrüstungskonferenz, daß er das Genfer Fiasko darum sehr bedauere, weil ein Marinemetriß eine Weltkatastrophe nach sich ziehen könne und weil die menschliche Gesellschaft durch die Rüstungslasten immer mehr in den Zustand der Leibeigenschaft komme. Wenn die Seeabrüstungskonferenz zusammengebrochen sei, müsse man an die seit sechs Monaten wieder herrschende ungünstige Atmosphäre in der Politik denken. Diese vor allem habe das Genfer Fiasko gebracht.

Japanisches Ultimatum an China

Eine neue Offensive Tschiangkaihschs

London. Nach amerikanischen Meldungen aus Shanghai hat Japan durch seinen diplomatischen Vertreter gleichzeitig den Regierungen des Nordens und des Südens eine Anzahl ultimativer Forderungen überreicht, deren Ziel es ist, die Mandchurei und die Mongolei in Verwaltungspraxis zu japanischen Kolonien zu machen und den chinesischen Nationalisten eine Ausdehnung ihrer Wirtschaft nördlich von Shanghai zu unterjagen. Diese Forderungen habe Japan mit englischem Einverständnis gestellt.

Neue Offensive Tschiangkaihschs

Nach einer Meldung der D.N.R. aus Peking haben die Südtruppen die Offensive wieder aufgenommen und sind nach heftigen Gefechten bis zu 20 Kilometer vor Hautschauin vorgerückt. Die Meldung von der Einnahme Pengpus durch die Nordtruppen erwies sich als unzutreffend.

Wie die chinesische Nachrichtenagentur meldet, dauert der Vormarsch der Truppen des Generals Fungnuhsiang von Honan nordwestwärts nach Schanung fort. Da dadurch die Nordarmee im Süden bedroht ist, hat Japan weitere 1 200 Mann und große Mengen an Kriegsmaterial und Munition zur Verstärkung der Position Tschiangfodins nach Tjingtau geschickt.

Zum Schreiben Briands an den Völkerbund

Berlin. An zuständiger Berliner Stelle sieht man in dem gestrigen Schreiben des französischen Außenministers Briand, daß dieser in seiner Eigenhaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz in der Angelegenheit der Uebertagung der Funktionen der interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland auf den Völkerbund nach Genf gerichtete hat, lediglich einen bürokratischen geschäftsordnungsmäßigen Akt. In den bisherigen Veröffentlichungen über das Schreiben ist dies vielleicht nicht klar genug zum Ausdruck gekommen. Die entscheidende Stelle teilt im Wortlaut mit: „Ich beehre mich, um den Völkerbundstatut die Lage zu versehen, gegebenenfalls von dem ihm durch Art. 23 des Vertrages von Versailles zuerkannten Inspektions-

recht Gebrauch zu machen, ihnen gleichzeitig mit diesem Brief den Schlußbericht der Kontrollkommission zu übermitteln.“ Dem Bericht sind beigegeben:

1. Eine kurze Inhaltsangabe des Berichtes der Kontrollkommission.
2. Das Verzeichnis der Fragen hinsichtlich deren die Botschafterkonferenz nach Beendigung der Sachverständigen die Ehre haben wird, ergänzende Mitteilungen und Schriftstücke zu übermitteln.

In Berlin würde man gerade im Interesse der in der letzten Zeit von Paris und London aus erfolgten Angriffe wegen der noch abzuwickelnden Restarbeiten der deutschen Entwaffnung die Veröffentlichung auch dieser beigelegten Schreiben begrüßen.

Die Internationale der Demokraten

Deutscher Besuch bei Lloyd George.

London. Auf Einladung von Lloyd George nahm der Führer der Deutsch-Demokratischen Partei, Koch-Weser, an der Tagung der liberalen Sommerschule in Cambridge teil. Es fanden mehrere Besprechungen im kleinste Kreise statt über die gemeinsame Arbeit für die Zukunft des europäischen Liberalismus, die zu bestimmten Abreden über eine dauernde Fühlungnahme führten. Koch sprach in der Sommerschule über das Verhältnis des deutschen Liberalismus zur Sozialdemokratie, über das Verhältniswahlrecht und über den Reichswirtschaftsrat und die Betriebsräte.

Professor Bonn hielt einen Vortrag, in dem er die Schwierigkeiten schilderte, denen das industrialisierte Europa begegnet, wenn es an Märkten von weniger entwickelten Teilen der Welt Einlaß sucht. Während Kriegesjahre die Einführung des Freihandels unmöglich machen, würde das Vorhandensein des Freihandels zwischen unabhängigen Staaten einen Krieg unmöglich machen. Er habe oft an die Möglichkeit gedacht, eine Union von Freihandelsländern zu schaffen, deren Teilnehmer untereinander die Tarife abschaffen, gleichzeitig aber das Recht behalten würden, für Nichtmitglieder die Tarife aufrechtzuerhalten.

Die Türken erkennen als Minderheitsvölker nur an die Griechen, Armenier und Juden. Aber auch diese Anerkennung ist nur formell. Tatsache ist, daß die christlichen Minderheiten und die Juden der heutigen Türkei in nationaler und kultureller Hinsicht viel mehr gehemmt sind als es zur Zeit der Sultane der Fall war. Früher hatten sie als besondere Religionsgemeinschaften ihre kulturellen, kirchlichen und Schulfreiheiten. Wenn heute ihre Lage nur bedauernd genannt werden kann, so tragen nicht nur die extremen türkischen Nationalisten Schuld daran, sondern auch die Ententemächte. Für diese sind ja die kleinen Völker des Orients nichts mehr gewesen als einfache Schachfiguren, die sie in allen Fällen im Stich gelassen haben, wenn es den Ententemächten vorteilhaft für sie selbst erschien.

Seit dem Lausanne Vertrag sind die türkischen Machthaber bemüht, nicht nur alle nichttürkischen Mohammedaner, sondern auch die Christen und die Juden zu türkifizieren. Einerseits werden nämlich allerlei Vorwände ausgenutzt, um nicht erwünschte Elemente aus dem Lande zu weisen und der Völkern Besiz zu enteignen, andererseits werden unsagbare Schwierigkeiten und Hemmnisse für alle Nichttürken geschaffen, um deren Türkkierung zu beschleunigen. In einigen Städten (z. B. Brussa) hatte man sogar den privaten Gebrauch der nationalen Sprachen in den Geschäften und den öffentlichen Anstalten verboten. Das Türkische will man allen Nationalitäten nicht nur als Staatssprache, sondern auch als Familien- und Geschäftssprache aufzwingen, um sie in Kürze assimilieren zu können. Die in französischer Sprache erscheinende offizielle „Republique“ schrieb noch vor etwa zwei Jahren (3. Oktober 1925): „Der Gebrauch einer nichttürkischen Sprache ist vollkommen unzulässig, sei es im geschäftlichen Leben, sei es in der Familie, die ja den Hauptteil des Lebens aller Leute ausmacht, denn eben das ist das Haupthindernis der Einverleibung. Es ist also notwendig, daß dieser Zustand ein Ende finde.“ Ein anderes Blatt, „Semi Türk“ (13. April 1925), schrieb: „Eine schamlose Maschine der Assimilation muß fortwährend und ununterbrochen ihre Pflicht erfüllen.“ Erst vor kurzem (27. Mai 1927) behandelte das Konstantinopeler offizielle Blatt „Millîter“ in einem Leitartikel seines Chefredaktors Mahmud Bey unter der vielversprechenden Überschrift: „Einheit in der Sprache und im Geiste“ dieses Thema. Ganz besonders wird Wert darauf gelegt, die stammesfremden Kurden, solange das nationale Gefühl in ihnen nicht allseitig erwacht ist, zu assimilieren. Das selbe Endziel erstrebten die zahlreichen Deportationen namhafter türkischer Familien aus ihren 1050-jährigen Heimstätten nach den entlegensten Gegenden Westsibiriens. Schließlich wollen die türkischen Nationalisten auch ihre Erneuerungsmassnahmen im öffentlichen Leben derselben „Assimilationsmaschine“ dienstbar machen: durch Herbeiführung von gemischten Ehen, Abschaffung religiöser Sonderheiten usw.

Noch mehr, die nationalen Minderheiten der Türkei werden indirekt aufgefordert, sich sprachlich und völkisch als Türken zu erklären, um demgemäß auf alle ihre Minderheitsrechte zu verzichten. Sie sind auch in der Tat gezwungen worden, in diesem Sinne Schreiben an den Völkerbund zu richten. Dies ist der Stand der nationalen Minderheiten in der heutigen Türkei, alsbald keineswegs ein beneidenswertes.

Rußland antwortet England

Tschitscherin jagt: Bisher keinerlei Angebot auf Wiederanknüpfung
Moskau. Tschitscherin führte vor Pressevertretern aus: Es interessiert Sie die Frage, was der Presserummel im Ausland in Zusammenhang mit den angeblich englischerseits der Sowjetregierung gemachten Anträgen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien bedeutet. In Wirklichkeit sind an die Sowjetregierung keine derartigen Anträge ergangen.

Was die Ausführungen Chamberlains im Unterhaus am 28. Juli anbelangt, so bestehen sie in erster Reihe aus den üblichen Ausfällen gegen die Sowjetregierung, die vor der öffentlichen Meinung Großbritanniens jene unzulässigen Schritte verschleiern sollen, die die englische konservative Regierung gegenüber der Sowjetunion unternommen hat und unternimmt, wie der Ueberfall von Peking, der Ueberfall auf die Arcos, die Verleumdungsaftäre mit dem „Dokumen“, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen usw.

Chamberlain glaubt, daß angesichts des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen und der völligen Ungewißheit über die Sicherheit und Unzerstörbarkeit des Sowjetregimes in England der Handel ebenso weiter gehen könne, wie früher. Dies ist gerade gelagert ein gründlicher Irrtum.

Man darf nicht vergessen, daß der Bruch der diplomatischen Beziehungen und des Handelsvertrages auf die Initiative der

Weltprotest gegen den amerikanischen Justizmord?

Neu York. Die kommunistische Arbeiterpartei hat in einer Massenversammlung der letzten Nacht alle Arbeiter in den Vereinigten Staaten aufgefordert, am Dienstag um 12 Uhr in den Generalstreik einzutreten, als Protest gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Die Polizei schützte die Banken durch starke Wachen gegen Bombenattentate. In Washington bewacht die Geheimpolizei die staatliche Schatzkammer und die anderen Staatsgebäude. Ebenso das Haus Telorz gegen etwaige Bombenattentate von Anhängern Saccos und Vanzettis. Für Telorz ist außerdem eine Spezialwache als Schutz gegen Mordmord gestellt worden. Sacco und Vanzetti bezeichnen in einem offenen Briefe in welchem sie die Anarchie verherrlichen und den Gouverneur angreifen, diesen als den schuldigen Mörder. Der Brief schließt mit einem Hoch auf die Anarchie.

Ein Schritt der Berliner Gewerkschaften

Berlin. Im Zusammenhang mit der Ablehnung der Begnadigung für Sacco und Vanzetti haben dem Vorwärts zufolge, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins ein Telegramm an die hiesige amerikanische Botschaft geschickt, in dem schärfster Protest gegen die Hinrichtung erhoben und an die amerikanische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet wird, den Justizmord zu verhindern und eine Wiederaufnahme des Prozesses zu erwirken.

Ausfahrungen in Buenos Aires

London. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, haben die Kommunisten auch dort zum Generalstreik gegen die bevorstehende Hinrichtung Saccos und Vanzettis aufgerufen. Streikende be-

gingen heute bereits Ausfahrungen, in dem sie Straßenbahnen und Autombusse mit Steinen bewarfen. Auch in Tokio werden Protestdemonstrationen erwartet. Die amerikanische Botschaft hat bereits erhöhten polizeilichen Schutz erhalten.

In Washington und Neu York steht die Polizei in höchster Alarmbereitschaft. Alle amtlichen Gebäude werden streng bewacht. Dies gilt in Boston besonders für das Haus des Gouverneurs Fuller, der die Revision der Verurteilung verworfen hat, und für das Gefängnis, in dem sich Sacco und Vanzetti befinden.

Die Begründung der Hinrichtung

London. Wie aus Boston berichtet wird, heißt es in der Erklärung des Gouverneurs Fuller, in der die Begnadigung Saccos und Vanzettis abgelehnt wird u. a., es sei kein Grund vorhanden, an der Schuld der beiden Italiener zu zweifeln. Das Verbrechen sei schon vor sieben Jahren begangen worden und sechs Jahre lang sei durch eine zweifelhafte Methode jede Verzögerungsmöglichkeit ausgenutzt worden. Zeugen seien eingeschüchtert und ein Zwang auf sie ausgeübt worden, einen Widerruf ihrer Aussagen herbeizuführen und die Konfusion zu vergrößern. Garbäckige und einschließliche Anstrengungen eines Rechtsanwaltes von außerordentlicher Beweglichkeit und Fleiß, die Krankheit des Richters und die Untertun vieler Personen seien die Hauptursache der Verzögerung der Vollziehung des Urteils gewesen. Gestern abend hatten sich vor den Zeitungsredaktionen Tausende von Menschen in Erwartung der Entscheidung des Gouverneurs angesammelt, die jedoch erst kurz vor Mitternacht bekanntgegeben wurde.

Hanswurst Daudet

Brüssel. Trotz aller gegenteiligen Gerüchte, bestätigt es sich, daß sich Daudet und Delest in Brüssel aufhalten. Sie sind am Montag bzw. Mittwoch in Brüssel angekommen und haben inzwischen bereits den französischen Thronpräsidenten den Herzog von Guise, besucht. Nach einem Interview, das Daudet der Nation beige gewährt hat, ist anzunehmen, daß er drei Monate in Brüssel bleiben wird. In dieser Zeit will er Holland einen dreiwöchigen Besuch abstatten. Neben der Vorbereitung von Vorträgen will er sich auch seiner Aufgabe als Schriftsteller widmen und Romane schreiben. Dabei wird er sich auch mit dem Studium der Heilungsmöglichkeiten von Tuberkulose und Krebs beschäftigen. Die Rückkehr nach Frankreich will ihm nicht schwierig erscheinen.

Dr. Medinger über Kothermere

Prag. Der Sudetendeutsche Senator Dr. Medinger beschäftigt sich im „Prager Tageblatt“ mit der Aktion Lord Kothermere und erklärt, schon Ministerpräsident Tuszar sei für eine Revision der ungarischen Grenzen eingetreten. Viele Tscheden tränen auch heute für eine Abtretung von rein ungarischen Gebieten und von Karpatho-Rußland ein. Zum Schluß verlangt Senator Dr. Medinger eine Volksabstimmung.

Dr. Breitscheid geht wieder nach Genf

Berlin. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist die Reichsregierung kürzlich an die sozialdemokratische Partei mit dem Ansuchen herangetreten, wie im Vorjahre Dr. Breitscheid nach Genf zu delegieren. Partei- und Fraktionsvorstand haben über dieses Ersuchen beraten und ihm, wenn auch unter starkem Bedenken, zugestimmt.

Spanien und der Parlamentarismus

Madrid. Der Kriegsminister Passos Sousa ist zum Vizerepräsidenten der spanischen Regierung ernannt worden. Der frühere spanische Minister Panguas erklärte in Lissabon, daß Spanien schon deshalb nicht zum Parlamentarismus zurückkehren werde, weil dieser in allen lateinischen Ländern Schiffsbruch erlitten hat.

Belgien fordert einen Ratsfisch

Paris. Wie aus Brüssel gemeldet wird, soll der Ministerrat beschlossen haben, die Kandidatur Belgiens für einen nicht ständigen Ratsfisch bei der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes aufzustellen.

JILSE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchardt

76. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Sie allein tragen die Schuld, und Sie werden mir Genugtuung geben!“ schrie er laut.
Graf Konrad hatte sich wieder gefaßt, und obgleich es in seinen Augen vor Zorn und Erregung loderte, so hatte er sich doch in der Gewalt.
„Genugtuung?“ fragte er ernst. „Was verstehen Sie darunter? Ein blutiges Duell?“
„Anderer Sache kann auf keinem anderen Wege ausgefochten werden!“
„So, meinen Sie? Nun, Herr Professor, so sage ich Ihnen: ich bin ein entscheidender Gegner des Zweikampfes — halt, nehmen Sie sich in acht — eine Beladung ist schnell ausgesprochen, aber die Reue hinterher ist bitter. Halten Sie mich meinewegen für was und wen Sie wollen, ich schlage mich mit Ihnen nicht, denn das Duell ist nach meiner Ansicht nichts weiter als ein beschönigtes Morden. Und ich will nicht zum Mörder an Ihnen werden. Ich weiß die Pistole zu handhaben und sicher zu treffen.“
„Meinen Sie, ich fürchte Ihre Augen?“
„Nein, so kenne ich meinen mächtigen Feind Heinz Waldow nicht, aber ich kenne ihn als einen Feuerkopf, und darum verzeihe ich ihm die hitzigen, ungerechten Worte und Anklagen.“
„Ungerecht?“
„Ja, ungerecht. Ich bin Ihnen zwar über keine meiner Handlungen und Gedanken Rechenschaft schuldig, aber ich will Ihnen freiwillig etwas sagen und bekennen, wie ein Ehrenmann dem Ehrenmanne. Hören Sie mich also ruhig an, Herr Professor — ja, denn — ich habe Ihre Braut — geliebt.“
Heinz machte eine Bewegung, als wollte er sich auf seinen Nebenbuhler stürzen, aber ein Blick des Grafen bannte ihn auf seinen Platz.

„Bitte, setzen Sie sich — es spricht sich besser so.“
Schweigend, aber totenbleich ließ Heinz sich auf den Stuhl nieder, dem Grafen gegenüber.
„Sehen Sie.“ fuhr dieser fort, „ich war ein Einsiedler, der nur seiner Wissenschaft lebte und selten aus seiner Klausel heraustretete. Ein Zufall führte mich mit Fräulein Römer zusammen, und Sie werden begreifen, daß ihre kraftstrotzende Gesundheit und Schönheit mich gefangen nehmen mußte. Selbst den verdächtigsten Gelehrten durchdrang es bei ihrem Anblick wie heller, lichter Sonnenschein. Wir sahen uns verhältnismäßig sehr selten, aber doch oft genug, daß ich auch ihre hohen edlen Eigenschaften, ihre erstaunlichen Kenntnisse schätzen lernen konnte. Ueber ihre Familienverhältnisse sprach sie nie, nachdem es sich gleich zu Anfang herausgestellt hatte, daß ihr Vater einst mein hochgeschätzter Lehrer an der Universität in Berlin gewesen war. Auf meine Frage, wie die Tochter des berühmten Mannes in eine solche abhängige Stellung käme, antwortete sie mir, daß sie plötzlich ihr ganzes Vermögen verloren hätte. Später berührten wir nie wieder die Vergangenheit, wir sprachen nur von der Wissenschaft und disputierten darüber. Da machte ich eines Tages die Entdeckung, daß sie in dem bekannnten wissenschaftlichen Streit meine Gegnerin war. Jetzt erst begreife ich ihr feuriges Eintreten für — Heinz Waldows Werk, doch ich frage mich noch immer vergeblich: warum verschwieg sie es mir, daß sie Ihre Braut war?“
„Nein, ich wußte nicht einmal, daß sie überhaupt verlobt war, bis — bis ich nahe daran war, ihr meine Liebe zu gestehen — hören Sie wohl, Herr Professor — nur nahe daran. Nie war ein Wort der Liebe zwischen uns gefallen, nie habe ich sie etwas von meinen Gefühlen merken lassen. Vielleicht hätte ich sie noch länger in meinem tiefsten Innern verborgen, wenn Fräulein Römer mir nicht eines Tages mitgeteilt hätte, daß sie für einige Wochen nach Berlin zurückkehren wolle. Da packte es mich wie ein Fieber — ich glaube, sie zu verlieren, wenn ich jetzt nicht spräche. Aber sie kam mir zuvor und — sagte mir, daß sie bereits gebunden wäre. Was ich bei dieser Eröffnung empfand, darüber lassen Sie mich schweigen. In meinem

Herzen war etwas erstorben, ich fühlte mich in meinen heiligsten Gefühlen verletzt — ich hatte den Glauben an die Menschen in dieser Stunde verloren. — Ohne ein Wort des Abschieds ging ich von ihr. Am nächsten Tage reiste sie ab — wir haben uns — nie wieder gesehen.“
Er hielt inne und in seinen Zügen zuckte es gramvoll und schmerzhaft.
„Weiter, Herr Graf,“ drängte Heinz mit fieberhafter Ungebuld.
„Weiter?“ Er blickte, wie aus einem Traum erwachend, auf. „Was noch weiter? Meine Geschichte ist zu Ende.“
„Nein, sie ist noch nicht zu Ende. Sie haben mir noch nicht gesagt, ob Sie — wiedergeliebt wurden.“
„Nein — das kann ich nicht annehmen,“ entrang es sich schwer seinen Lippen, „sonst hätte sie es mir schon früher gesagt, daß sie verlobt war.“
„Und — wenn sie durch einen besonderen Umstand gezwungen gewesen wäre, unser Verlöbniß geheim zu halten — wenn sie — erst zu — spät erkannt hätte, daß sie —“
„Halten Sie ein, Herr Professor, Sie zerschneiden mein Herz mit tausend Schwertern — Ich glaube bis heute, daß sie Ihren Bräutigam liebe, ja, ich meine, sie müßte schon verheiratet sein. Darum bannte ich jeden Gedanken an sie aus meiner Seele. Nun kommen Sie mit einem Male und sagen mir nicht allein, daß Sie ihr Verlobter sind, sondern auch, daß — sie Ihnen das Wort zurückgab. — Sie verlangen von mir Rechenschaft, ja Genugtuung dafür, aber ich sage Ihnen: ich kenne den Grund der Absage nicht — jedenfalls ist es nicht der, den Sie vermuten.“
„Und dennoch ist er es,“ fiel Heinz rauh ein. „Sie war mir zugetan, bis sie nach Tzorrau ging. Aus ihren Briefen schon merkte ich, daß eine Veränderung mit ihr vorgegangen war, und dann schrieb sie mir auf einmal, daß ihre Liebe nicht ausreichend für eine Ehe sei. — Hahaha — warum hat sie das nicht früher erkannt und geglaubt, wenn nicht eine andere, heißere Liebe von ihrem Herzen Besitz ergriffen hätte!“

(Fortsetzung folgt.)

